



Nr. 21 März 2003

metall aktuell

Kommentar



Klaus
Zwickel,
Erster Vor-
sitzender
der IG
Metall

Foto: FM

Jetzt müssen wir Druck machen

Der Bundeskanzler hat die Richtung vorgegeben. Er will mehr Investitionen anstoßen und die Arbeitgeber in Sachen Ausbildung in die Pflicht nehmen. Das ist gut so. Gleichzeitig plant er tiefe Einschnitte in soziale Leistungen. Er entlastet damit die Unternehmen und bürdet alle Lasten von Veränderungen den Arbeitnehmern auf. Das ist für uns nicht akzeptabel. Wir sagen Ja zu Reformen. Aber Reformen müssen sozial gerecht sein.

Für uns kommt es jetzt darauf an, uns kräftig einzumischen. Wir müssen Druck machen. Wenn euch die angedrohten Einschnitte nicht bewegen, dann bewegt sich nichts. Wir müssen uns also auf die eigene Kraft besinnen. Insbesondere SPD und Grünen müssen wir deutlich machen, was mit uns geht und was nicht.

Da sind alle gefordert. Vertrauensleute, Betriebsräte und jedes Mitglied. Sprecht mit euren Bundestagsabgeordneten. Holt sie in Betriebsversammlungen. Beteiligt euch an unserer Unterschriftensammlung. Macht deutlich: Die IG Metall sagt Ja zu Reformen, aber Nein zu einfalllosem Sozialabbau. ◀



Foto: Roland Hentsch

Nur leere Versprechen

Vor den Wahlen hat Gerhard Schröder soziale Gerechtigkeit versprochen. Jetzt hat er eine andere Richtung vorgegeben: Schmerzhaften Einschnitten für die Arbeitnehmer stehen unverbindliche Appelle an die Wirtschaft gegenüber.

Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen im sozialen Bereich sind einseitig und ungerecht. Zur Kasse ge-

beten werden ausschließlich Arbeitnehmer, Arbeitslose und Kranke: Noch mehr Zuzahlungen im Gesundheitswesen, Streichung des Krankengeldes, kürzere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe. Das ist weder sozial noch gerecht. Und es bringt keinen einzigen neuen Arbeitsplatz.

Überflüssig und nicht akzeptabel ist auch die Ankündigung des Bundeskanzlers, betriebliche Bündnisse für Arbeit notfalls per Gesetz durchzusetzen. Gleiches gilt für den Kün-

digungsschutz: Er ist – das sollte endlich zur Kenntnis genommen werden – kein Einstellungshemmnis.

Die IG Metall ist in einer schwierigen Situation. Verbündete gibt es kaum noch. Deshalb werden wir jetzt selbst Druck machen. Dabei geht es nicht um Opposition oder gar Konfrontation um jeden Preis. Nein. Wir sagen Ja zu sozial gerechten Reformen. Aber Nein zu einfalllosem Sozialabbau und einem Systemwechsel.

► Die Pläne des Kanzlers und die Forderungen der IG Metall auf Seite 2



Fotos: dpa (4), Werner Bachmeier, Jörg Sarbach

Soziale Schieflage

Deutschland braucht Reformen für Wachstum und Beschäftigung. Was Deutschland nicht braucht: Eine Politik, die ausschließlich Arbeitslose, Kranke und Arbeitnehmer belastet. Hier die wichtigsten Punkte aus der Regierungserklärung

Investitionen

Mit 15 Milliarden Euro will die Bundesregierung die Wirtschaft ankurbeln. Sieben Milliarden Euro erhalten die Gemeinden für kommunale Investitionen. Weitere acht Milliarden Euro werden für die private Wohnungsbausanierung zur Verfügung gestellt. Finanziert wird das Programm über Zuschüsse und zinsgünstige Kredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

→ Ja, aber nicht ausreichend

Die IG Metall begrüßt diese Entscheidung. Die Förderung öffentlicher und privater Investitionen dürfte sich positiv auf die schwer angeschlagene Baubranche auswirken. Allerdings:

Die Kommunen haben im Jahr 2002 ihre Investitionen um zehn Milliarden Euro zurückgefahren. Das Programm reicht nicht einmal aus, um diese Entwicklung auszugleichen, erst recht nicht, um zusätzliche Impulse zu geben.

Ausbildungsplätze

Die Arbeitgeber hatten im »Bündnis für Arbeit« versprochen: Alle, die einen Ausbildungsplatz suchen, bekommen einen. Jetzt kündigte Gerhard Schröder an:

- Wenn die Wirtschaft diese Zusage nicht einhält, wird es im Laufe des nächsten Jahres zu einer gesetzlichen Regelung kommen.
- Gleichzeitig will die Regierung noch bestehende Hemmnisse beseitigen.

Wer einen Betrieb fünf Jahre geführt hat, darf in Zukunft ausbilden. Bislang liegt die Grenze bei zehn Jahren.

→ Ja, das ist längst überfällig

In Deutschland fehlen derzeit 110 000 betriebliche Ausbildungsplätze. 70 Prozent der Unternehmen bilden nicht aus. Die IG Metall fordert deshalb seit langem, auch die Unternehmen, die nicht ausbilden, zur Finanzierung der Berufsbildung heranzuziehen.

Das könnte nach Einschätzung der IG Metall die Wirtschaft »ermuntern«, mehr junge Menschen auszubilden. Gleichzeitig könnten so auch mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert werden.

Arbeitslosigkeit

»Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden«, sagt der Bundeskanzler und kündigte dramatische Einschnitte zu Lasten der Arbeitslosen an. Die Regierung plant:

- Den Anspruch auf Arbeitslosengeld für unter 55-Jährige auf zwölf Monate, für über 55-Jährige auf 18 Monate zu begrenzen.
- Die Zumutbarkeitsregeln weiter zu verschärfen.
- Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen und auf das Niveau der Sozialhilfe abzusenken.

→ Nein, das kommt nicht in Frage

Arbeitslose dürfen nicht dafür bestraft werden, dass Arbeits-

plätze fehlen. Daher lehnt die IG Metall diese Pläne strikt ab.

Die Arbeitslosen haben schon erhebliche Verschlechterungen hinnehmen müssen. Sieben Milliarden Euro wird die Bundesanstalt für Arbeit bereits in diesem Jahr auf Kosten der Arbeitslosen einsparen. Weitere Verschlechterungen sind sozial nicht zu vertreten.

Gesundheit

Der Bundeskanzler hat tiefe Einschnitte ins Gesundheitssystem angekündigt:

► Die Versicherten sollen noch höhere Selbstbeteiligungen für medizinische Leistungen und »Eintrittsgebühren« für Arztbesuche zahlen.

► Das Krankengeld soll komplett aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen werden. Arbeitnehmer sollen sich künftig gegen dieses Risiko privat versichern. Davon wären vor allem Langzeitkranke betroffen.

→ Nein, das ist einfach unsozial

Diese Vorschläge sind nicht akzeptabel. Sie belasten einseitig die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, während die Arbeitgeber entlastet werden. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenkasse würden gesenkt, die Versicherten müssten aber privat zuzahlen. Das wäre das Aus für die paritätisch finanzierte Krankenversicherung.

Kündigungsschutz

Die Bundesregierung will die »psychologische Schwelle vor Neueinstellungen« überwinden. Sie plant, den Kündigungsschutz zu lockern und »handhabbarer« zu machen.

► Kleinbetrieben mit bis zu fünf Beschäftigten soll die Möglichkeit eröffnet werden, beliebig viele Arbeitnehmer befristet einzustellen, ohne dass diese auf die Belegschaftszahlen angerechnet werden.

► Bei der Sozialauswahl sollen die »starrten Kriterien« wie Alter und Dauer der Betriebszugehörigkeit so umgestaltet werden, dass die »Leistungsträger im Unternehmen gehalten werden können«. Die neuen »Prioritäten« sollen direkt zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgebern ausgehandelt werden.

► Arbeitnehmer sollen bei betriebsbedingten Kündigungen wählen können, ob sie auf Weiterschäftigung klagen oder eine gesetzlich festgelegte Abfindung bekommen.

→ Nein, das bringt absolut nichts

Zum Kündigungsschutz gilt unverändert: Er ist kein Einstellungshemmnis. Diejenigen, die eine tief greifende Reform des Arbeitsrechts fordern, wissen nicht, wovon sie reden.

Oder sie reden nicht über das, was sie wissen. Fakt ist: Unter Helmut Kohl wurden bei gelockertem Kündigungsschutz in nur einem Jahr 130 000 Stellen in Kleinbetrieben abgebaut. Deshalb wird es von der IG Metall kein Ja zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes geben.

Wir sind allerdings für eine Bestandsaufnahme, um zu prüfen,

Aktionsvorschläge

- Unterstützt die Unterschriftensammlung der IG Metall
- Diskutiert unsere Forderungen auf Betriebsversammlungen
- Ladet Bundestagsabgeordnete zu Betriebsbesichtigungen ein und zeigt ihnen die betriebliche Wirklichkeit
- Organisiert Veranstaltungen mit Politikern aller Parteien über gewerkschaftliche Reformforderungen
- Geht in die Bürgersprechstunden eurer Abgeordneten
- Schreibt Briefe an Merz, Westerwelle und andere, die die Gewerkschaften verunglimpfen
- Schreibt Leserbrief an eure Zeitung

Das alles sind wichtige Schritte zur Vorbereitung weiterer Protestaktionen. ◀

fen, ob und wo der Kündigungsschutz angeblich Einstellungen verhindert.

Tarifautonomie

Die Bundesregierung fordert mehr betriebliche Bündnisse, um Beschäftigung zu fördern und zu sichern. »Geschieht das nicht, so wird der Gesetzgeber handeln«, drohte der Bundeskanzler.

→ Überflüssig und gefährlich

Trotz seines Lobes für die Gewerkschaften und den Flächentarifvertrag droht der Bundeskanzler mit gesetzlichen Einschnitten in die Tarifautonomie. Seine Ankündi-

gung, betriebliche Bündnisse für Arbeit notfalls auch per Gesetz durchzusetzen, ist überflüssig und gefährlich. Das werden wir nicht akzeptieren.

Tarifpolitik ist Sache der Tarifvertragsparteien. Und die blockieren betriebliche Bündnisse für Arbeit nicht. Im Gegenteil: Wir sagen Ja zu betrieblichen Bündnissen der Tarifvertragsparteien auf der Basis der Flächentarifverträge.

In Sachen Flexibilität brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht. In allen Tarifverträgen gibt es weitreichende Möglichkeiten zur flexiblen Anpassung auf betriebliche Notwendigkeiten. Diese Möglichkeiten werden vielfach genutzt. In ganz Deutschland gibt es keinen einzigen Betrieb, der an unseren Tarifverträgen kaputt gegangen ist. ◀



Foto: Werner Bachmeier

Impressum

metallaktuell

Herausgeber: Klaus Zwickel, Jürgen Peters, Bertin Eichler
Anschrift: metall-Redaktion
Lyoner Straße 32
60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6693-2445,
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de; Internet: www.igmetall.de

V.i.S.d.P.: Claus Eilrich, Chefredakteur, Ruth Gruber (verantwortlich für den Inhalt)
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon: 069-6693-2224,
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Druck: Alpha-Print-Medien AG, Eppenheim, Niederlassung Frankfurt am Main.

Ja zu Reformen Nein zum Sozialabbau

→ Ja zu mehr Investitionen

Wir brauchen eine Investitionsoffensive. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Bundeskanzler angekündigt. Das muss im zweiten Schritt auf eine breitere Basis gestellt werden.

→ Nein zu einfallsllosem Sozialabbau

Noch mehr Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Streichung des Krankengeldes und Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sind für uns nicht akzeptabel.

→ Ja zu mehr Ausbildungsplätzen

Wir brauchen eine wirkungsvolle Ausbildungsplatzgarantie. Die Arbeitgeber müssen allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anbieten. Erfüllen sie diese Zusage wieder nicht, muss die vom Kanzler angekündigte gesetzliche Regelung zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen kommen.

→ Nein zu weniger Kündigungsschutz

Von der IG Metall gibt es kein Ja zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes.

→ Nein zu Angriffen auf die Tarifautonomie

Gesetzliche Tariföffnungsklauseln sind überflüssig. Wir sagen Ja zu betrieblichen Bündnissen der Tarifvertragsparteien. Mit uns gibt es aber keine Verlagerung der Tarifverhandlungen in die Betriebe.

→ Ja, ich unterstütze die Forderungen der IG Metall:

Name	Wohnort	Unterschrift

→ Unterschriftenliste bitte zurücksenden an: Die örtlichen Verwaltungsstellen der IG Metall